

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

07.05.2010

Ausschussbetreuender Fachbereich

Angelegenheiten der Gemeindeverfassung

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

**Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 25.03.2010**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:15 Uhr - 22:23 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

20:38 Uhr - 20:43 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen am 17.12.2009 und 19.01.2010 - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.01.2010 - öffentlicher Teil**
0125/2010
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Annahme des Vermächtnisses des Stadtfotografen Peter Mattes**
0137/2010
- 6. Annahme von Schenkungen**

- 0110/2010
7. **Schenkung des Künstlers Hermann Eskens an die Städtische Galerie Villa Zanders**
0491/2009
 8. **Stellenplan 2010**
0103/2010
 10. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2010**
0127/2010
 11. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2010**
0091/2010
 12. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2010**
0128/2010
 9. **Haushalt 2010**
0140/2010
 13. **Einwohnerfragestunde**
0139/2010
 14. **Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
 - 14.1 **Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**
0129/2010
 - 14.2 **Entlastung des Infrastrukturausschusses für den Jahresabschluss 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“**
0157/2010
 15. **Jahresabschluss 2008 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0151/2010
 16. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**
0141/2010
 17. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009**
0142/2010
 18. **Erhöhung der Eintrittsgelder Galeriekonzerte**
0148/2010
 19. **Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft**
0500/2009
 20. **I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die**

Bürgermeisterin/den Bürgermeister
0009/2010

21. **Ergänzung der Regelungen über die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführungen der Stadtratsfraktionen**
0131/2010
22. **Offenhaltung von Verkaufsstellen**
0133/2010
23. **Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach - Teile II-IV**
0023/2010
24. **Bebauungsplan Nr. 1431 - Kempener Straße Paffrath**
- **Beschluss der Stellungnahmen**
- **Beschluss als Satzung**
0034/2010
25. **Bebauungsplan Nr. 52a und 52b - Schloßstraße**
- **Aufhebungsbeschluss als Satzung**
0037/2010
26. **Nachfolgebesetzung im Regionalbeirat Bergisch Gladbach, Overath, Kürten, Rös-rath der Kreissparkasse Köln**
0152/2010
27. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 27.1 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.02.2010 zur Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**
0145/2010
28. **Anträge der Fraktionen**
- 28.1 **Bestellung weiterer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport;**
Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 27.11.2009 und 30.11.2009 (0555/2009)
0024/2010
- 28.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 19.02.2010 zum Neubau des Schwimmbades Mohnweg**
0153/2010
- 28.3 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 23.02.2010, den Bürgermeister mit der Prüfung zu beauftragen, ob und inwieweit die finanziellen Auswirkungen der Aufgabenzuweisung des Landes Nordrhein-Westfalen an die Kommunen den Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung verletzen**
0144/2010
- 28.4 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 01.03.2010 zur Prüfung der Umsetzbarkeit eines soziodemografischen Vielfältigkeitsmanagements auf allen Ebenen der Verwaltung**
0155/2010

- 28.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 09.03.2010 zum Erhalt der Kindertagesstätte „Lauter Pänz“**
0156/2010
- 29. Anfragen der Ratsmitglieder**
- 29.1 Anfrage des Ratsmitgliedes Schallehn - Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - vom 07.03.2010 zu Kosten von gedruckten Vorlagen**
0154/2010
Anfrage des Ratsmitgliedes Dr. Steffen - Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - vom 15.03.2010 zur Verfassungsbeschwerde der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB)
0162/2010
- 29.2 Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder**
- 30. Verwendung der noch verfügbaren Restmittel aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II**
0163/2010

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet die fünfte Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung hat sich Herr Kamp (Fraktion Freie Wähler) entschuldigt.

Herr Urbach benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 12.03.2010 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die mit der Einladung vom 16.03.2010 zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.03.2010 übersandte Vorlage Nr. 0140/2010 (TOP A 9),
- die mit Schreiben vom 19.03.2010 übersandte aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen und ergänzenden Vorlagen zur Tagesordnung sowie dem Vorschlag, die Tagesordnung um die Punkte „Sicherung des Bücherei-Standortes Bensberg“ (Vorlage Nr. 0161/2010) und „Verwendung der noch verfügbaren Restmittel aus den Mitteln des Konjunkturpaketes“ (Vorlage Nr. 0163/2010) zu erweitern,
- eine Aktualisierung zur Vorlage Nr. 0140/2010 (TOP A 9) des Fachbereiches 2 als Tischvorlage,
- eine Ergänzung zur Vorlage Nr. 0129/2010 (TOP A 14.1) als Tischvorlage.

Herr Urbach erläutert, die Vorlage Nr. 0161/2010, „Sicherung des Bücherei-Standortes Bensberg“, müsse in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden, die Vorlage Nr. 0163/2010, „Verwendung der noch verfügbaren Restmittel aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II“, im öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Dr. Baeumle-Courth hält es für sinnvoll, die Tagesordnungspunkte A 10 bis A 12 vor der Haushaltsverabschiedung zu behandeln, da diese Einfluss auf den Haushalt hätten.

Herr Urbach antwortet, wenn kein Ratsmitglied gegen diesen Vorschlag spreche, werde er entsprechend verfahren. Er schlägt außerdem vor, die Vorlage Nr. 0163/2010 als TOP A 30 in die Tagesordnung aufzunehmen, die öffentliche Sitzung zur Beratung der Vorlage zu unterbrechen und die Öffentlichkeit danach wieder herzustellen, um über die Vorlage zu beschließen. Die Vorlage Nr. 0161/2010 solle als TOP B 2.1 in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Herr Urbach fragt die Ratsmitglieder, ob sie mit dem dargestellten Verfahren einverstanden seien.

Die Ratsmitglieder äußern ihr Einvernehmen über den im Sinne der vorhergehenden Erläuterungen des Bürgermeisters ergänzten Beschlussvorschlag der mit der Aktualisierung übersandten Vorlage Nr. 0166/2010, „Erweiterung der Tagesordnung gem. § 48 Absatz 1 GO NRW und § 12 Absatz 3 Geschäftsordnung des Rates“. Der Rat fasst damit folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Ratssitzung am 25.03.2010 wird gem. § 48 Abs. 1 GO NRW und § 12 Abs. 3 Geschäftsordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit erweitert. Die Vorlage Nr. 0163/2010, „Verwendung der noch verfügbaren Restmittel aus den Mitteln des Konjunktur-

paketes II“, wird als Tagesordnungspunkt A 30 öffentlich und die Vorlage Nr. 0161/2010, „Sicherung des Bücherei-Standortes Bensberg“ wird als Tagesordnungspunkt B 2.1 nicht öffentlich beraten.

2. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen am 17.12.2009 und 19.01.2010 - öffentlicher Teil

Herr Waldschmidt erläutert, in der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.12.2009 werde in der Protokollierung zu TOP A 21 nicht wiedergegeben, dass auch die SPD-Fraktion zu Ziffer 2. des Beschlussvorschlages für eine Entsendung von Herrn Kurz als Stellvertreter von Herrn Schmickler gestimmt habe.

Die Niederschriften über die Sitzungen des Rates am 17.12.2009 und 19.01.2010 – jeweils öffentlicher Teil – werden unter Berücksichtigung dieser Ergänzung genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.01.2010 - öffentlicher Teil

0125/2010

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung über die Nebeneinkünfte des Bürgermeisters

Herr Urbach teilt mit, er sei verpflichtet, dem Rat seine Nebentätigkeiten anzuzeigen. Herr Urbach verliest dazu die dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Mitteilung, die auch auf der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach veröffentlicht werde.

Mitteilung zur Auskunftspflicht der Rats- und Ausschussmitglieder über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse

Herr Urbach erinnert die Rats- und Ausschussmitglieder an die Erfüllung ihrer Auskunftspflicht nach der Ehrenordnung der Stadt Bergisch Gladbach, der noch nicht alle Rats- und Ausschussmitglieder nachgekommen seien. Er bittet um kurzfristige Erledigung.

Mitteilung zum finanziellen Engagement der Raiffeisenbank Kürten-Odenthal auf dem Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Urbach informiert die Ratsmitglieder über das finanzielle Engagement der Raiffeisenbank Kürten-Odenthal auf dem Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach und verweist auf das dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Schreiben der Bank. Er habe der Bank auch im Namen des Rates gedankt.

Der Rat nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

5. Annahme des Vermächtnisses des Stadtfotografen Peter Mattes

0137/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Es wird beschlossen, das Vermächtnis des Stadtfotografen Peter Mattes angesichts der stadtgeschichtlichen Bedeutung dieses Fotonachlasses anzunehmen und die Fotos im Stadtarchiv Bergisch Gladbach als „Sammlung Peter Mattes“ aufzubewahren, zu erhalten, zu erschließen und nutzbar zu machen.

6. Annahme von Schenkungen

0110/2010

Es handelt sich um 45 kleinformatige Gemälde von Carl Ludwig Fahrbach, die von den Familien Fink, Risse und Hornig, den Nachfahren des Malers, übereignet werden. Des Weiteren geht es um die Schenkung des Malers Otto Nemitz, der 36 Aquarelle, Zeichnungen und Druckgrafiken sowie 22 Gemälde und drei Skulpturen übergibt.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Angesichts des künstlerischen Ranges und des Wertes des angebotenen Bestandes werden die Schenkungen mit einem herzlichen Dank an die Schenkenden angenommen.

7. Schenkung des Künstlers Hermann Eskens an die Städtische Galerie Villa Zanders

0491/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Angesichts des künstlerischen Ranges und des Wertes des angebotenen Bestandes wird die Schenkung mit einem herzlichen Dank an den Künstler angenommen.

8. Stellenplan 2010

0103/2010

Herr Urbach verliest die vom Haupt- und Finanzausschuss in der Sitzung am 18.03.2010 gefassten Beschlussempfehlungen:

„In der Sitzung am 18.03.2010 hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat

- einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative empfohlen, Buchstabe A) – Stellenveränderungen Beschäftigte – des Beschlussvorschlages zu beschließen,
- einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative empfohlen, Buchstabe B) – Stellenveränderungen Beamte – des Beschlussvorschlages zu beschließen,
- einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. (mit BfBB) und KIDinitiative empfohlen, Buchstabe C) – Stellenverlagerungen – des Beschlussvorschlages zu beschließen,
- einstimmig empfohlen, Buchstabe D) – Neue Stellen – des Beschlussvorschlages zu beschließen.

Zu Buchstabe E) – Bereinigung/Aktualisierung von kw-Vermerken – fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussempfehlungen:

Der Antrag der CDU-Fraktion, den kw-Vermerk der Stelle Nr. 3-37-1047 zwar zu streichen, die Stelle aber in den Personalreserveplan zu überführen, wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. (mit BfBB) angenommen.

Der Streichung des kw-Vermerkes im Bereich Volkshochschule wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von DIE LINKE. (mit BfBB) und KIDinitiative zugestimmt.

Zu Buchstabe F) – Stelleneinsparungen – fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussempfehlungen:

Der Streichung der Stellen Nr. 4-40-451 und Nr. 6-63-700 wurde einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. (mit BfBB) zugestimmt.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den kw-Vermerk der Stelle Nr. 4-43-552 nicht zu vollziehen, wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. (mit BfBB) und vier Stimmen aus den Reihen der CDU angenommen.

Der Antrag, den kw-Vermerk der Stelle Nr. 5-501-693 nicht zu vollziehen, wurde einstimmig angenommen.

Für den Antrag der SPD-Fraktion, die Stelle Leitung des Fachbereiches 2 mit einem kw-Vermerk zu versehen, stimmten SPD und DIE LINKE. (mit BfBB). Mit den Gegenstimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und des Bürgermeisters wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin hat der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE. (mit BfBB) bei Enthaltung der KIDinitiative die Beschlussempfehlung gegeben, den Stellenplan mit diesen Änderungen zu beschließen.“

Herr Lang weist darauf hin, dass sich seine in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 geäußerten Bedenken nur darauf bezogen hätten, dass dem Bürgermeister eine Personalreserve zur Verfügung gestellt werde und die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) nicht wisse, wofür diese benötigt werde. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sei mit der Personalreserve einverstanden, soweit diese für Nachwuchskräfte bestimmt sei; sie solle aber auf die Zahl der Nachwuchskräfte beschränkt werden. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) begnüge sich mit einer Aufnahme dieser Bedenken in die Sitzungsniederschrift und werde den Beschlussempfehlungen zustimmen. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vertrete die Auffassung, dass nicht nur die Auszubildenden in Verwaltungsberufen, sondern auch die Auszubildenden in anderen Berufen nach dem Ausbildungsabschluss nach Möglichkeit übernommen werden sollten.

Herr Urbach erläutert, er habe auf den Unterschied hingewiesen zwischen reinen Verwaltungsberufen und marktgängigen Berufen, für die eine Übernahme nicht zwingend erforderlich, wenngleich aber immer erstrebenswert sei.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.03.2010, den kw-Vermerk der Stelle Nr. 4-43-552 (Buchstabe F) des Beschlussvorschlages) nicht zu vollziehen, separat abzustimmen.

Herr Urbach erläutert, der Beschlussvorschlag zu Buchstabe F), den kw-Vermerk zu vollziehen, sei weitergehender. Er lässt daher darüber abstimmen, den kw-Vermerk der Stelle Nr. 4-43-552 zu vollziehen.

Für den Vollzug des kw-Vermerkes der Stelle Nr. 4-43-552 stimmt die FDP-Fraktion. Mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), der Fraktion Freie Wähler und des Bürgermeisters wird dies bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Stellenplan in der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Fassung abstimmen.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Der Stellenplan 2010 wird in der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Fassung beschlossen.

10. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2010
0127/2010

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2010 wird in der dem Rat am 19.01.2010 vorgestellten Fassung einschließlich der im Infrastrukturausschuss am 03.03.2010 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

11. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2010
0091/2010

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2010 wird in der dem Rat am 19.01.2010 vorgestellten Fassung einschließlich der im Infrastrukturausschuss am 03.03.2010 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

12. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2010
0128/2010

Herr Nagelschmidt als Vorsitzender des Infrastrukturausschusses weist auf die den Ratsmitgliedern mit der Aktualisierung vom 19.03.2010 übersandte Vorlage Nr. 0164/2010 hin, über die der Rat heute entscheiden solle.

Herr Urbach verliest den folgenden Beschlussvorschlag und der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2010 wird in der dem Rat am 19.01.2010 vorgestellten Fassung einschließlich der im Infrastrukturausschuss am 03.03.2010 beschlossenen Änderungen und den in der neuen Vorlage Nr. 0164/2010 dargestellten Änderungen beschlossen.

9. Haushalt 2010

0140/2010

Es folgen die Haushaltsreden der (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge

1. Herr Mömkes (Vorsitzender der CDU-Fraktion),
2. Herr Waldschmidt (Vorsitzender der SPD-Fraktion),
3. Herr Ziffus (Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
4. Herr Dr. Fischer (Vorsitzender der FDP-Fraktion),
5. Herr Santillán (Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB))
6. Herr Mörs (stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler)
7. Herr Schütz (Vorsitzender der Fraktion KIDinitiative).

Die Redemanuskripte der (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Herr Urbach erläutert, der Haupt- und Finanzausschuss habe in den Sitzungen am 18.03.2010 und 25.03.2010 den Haushalt 2010 nach Vorberatung der Teilhaushalte in den Fachausschüssen beraten und dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und des Bürgermeisters gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. (mit BfBB) und KIDinitiative empfohlen, die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen zu beschließen.

Herr Waldschmidt beantragt, der Rat möge wie schon der Haupt- und Finanzausschuss in namentlicher Abstimmung über den folgenden Antrag der SPD-Fraktion entscheiden: „Die Stadt, d.h. die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Immobilienbetrieb, veräußert die Schulgrundstücke nebst aufstehenden Gebäuden Otto-Hahn-Schulen, Nicolaus-Cusanus-Gymnasium und städtische Wilhelm-Wagener-Schule zum Buchwert an die Bädergesellschaft Bergisch Gladbach mbH. Zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Bäder GmbH wird vereinbart, 1. dass die Bäder GmbH unverzüglich mit der Generalsanierung der Schulgebäude einschließlich Abriss und Neubau des Schulschwimmbades Mohnweg beginnt, 2. dass die Sanierung der Gebäude möglichst in jeweils drei aufeinander folgenden Bauabschnitten bis zum Jahre 2013 erfolgt und 3. die Bäder GmbH die Schulgebäude an die Stadt vermietet.“ Dies solle in den Haushalt eingearbeitet und die Haushaltsverabschiedung in die nächste Sitzung des Rates vertagt werden. Bis dahin sollten alle offenen Fragen geklärt werden.

Wegen des fortgeschrittenen Zeitverlaufs schlägt Herr Urbach vor, zunächst die Einwohnerfragestunde durchzuführen und dazu die laufende Beratung zu unterbrechen.

Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

[siehe Protokollierung unter TOP A 13]

Nach Durchführung der Einwohnerfragestunde wird die Haushaltsberatung wieder aufgenommen.

Herr Komenda fragt Herrn Mömkes, der in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen habe, die CDU-Fraktion wolle das Schwimmbad Mohnweg und auch die anderen Wasserflächen erhalten, wie sich der Widerspruch zwischen dieser Aussage und dem Hinweis auf der Homepage der CDU-Fraktion, dass es nach dem Sportentwicklungsplan durchaus sein könne, dass Wasserflächen verringert werden müssten, erklären lasse. Herr Schütz habe in seiner Haushaltsrede mehr Mut gefordert. Er fragt Herrn Schütz, ob es vor diesem Hintergrund das Politikverständnis der Fraktion KIDinitiative sei, sich zu nahezu allen Beschlussvorschlägen der Stimme zu enthalten.

Herr Nagelschmidt entgegnet, der Vorschlag der SPD-Fraktion müsse sorgfältig geprüft werden. Die CDU-Fraktion habe dazu in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2010 Fra-

gen aufgegeben, die zunächst zu klären seien. Die Begründung der SPD-Fraktion für die in Aussicht gestellte Ablehnung des Haushaltes sei scheinheilig und führe in der Sache nicht weiter.

Herr Ziffus erläutert, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN könnte dem Vorschlag grundsätzlich zustimmen, wenn alle Fragen gründlich geklärt seien. Er gehe aber davon aus, dass die Stadt enorm hohe Mieten für die Schulen an die Bäder GmbH zu entrichten hätte, da diese saniert und dann nicht mehr wie bisher zum Restbuchwert über achtzig Jahre, sondern zum Neuwert deutlich kürzer abgeschrieben würden. Die SPD-Fraktion müsse daher zu ihrem Vorschlag auch Einnahmeerhöhungen aufzeigen, die diese Mehrkosten ausgleichen können. Es sei vor diesem Hintergrund unverständlich, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B abgelehnt habe. Die Verwaltung solle auch prüfen, ob der Vorschlag nicht besser über die Stadtentwicklungsgesellschaft, als über die Bäder GmbH verwirklicht werden könnte.

Herr Urbach ergänzt, bereits in einem halben Jahr solle der Haushalt 2011 eingebracht werden, und bis dahin könne der Vorschlag der SPD-Fraktion überprüft werden.

Herr Santillán entgegnet, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe bereits im November/Dezember den Vorschlag eingebracht, das Schwimmbad Mohnweg aus den Mitteln der Bäderfonds zu sanieren und auch der Vorschlag der SPD-Fraktion sei nicht erst seit kurzer Zeit bekannt. Er könne daher nicht nachvollziehen, dass nun darauf verwiesen werde, dass mehr Zeit zur Überprüfung des Vorschlages benötigt werde; dies hätte längst geschehen können. In dieser Situation sei es jedoch richtig, die Verabschiedung des Haushaltes zu vertagen. Es könne nicht sein, dass der Rat nicht mitbestimmen könne, was in den Eigengesellschaften geschehe. Der Vorschlag der SPD-Fraktion führe gleichzeitig zu höheren Zinserträgen und zu einer sinnvollen Investition in die Jugend, die Schulen und den Sport. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) halte dies für besser als Investitionen in Fonds und Aktien.

Herr Dr. Metten erläutert, es gebe auch sehr gute Argumente, das bisherige Modell beizubehalten. So sei es derzeit wohl unmöglich, eine langfristige Anlageform zu finden, die – wie die Bäderfonds – 3,6% Zinsen erwirtschaftete. Völlig ungeklärt seien bisher unter anderem die Finanzierung der entstehenden Grunderwerbsteuer und die Frage, wie der Schwimmbadbetrieb aufrechterhalten werden solle.

Herr Kraus erläutert, von Seiten der Verwaltung wurde voraussichtlich für den Herbst 2010 die Fertigstellung des Sportstättennutzungskonzeptes in Aussicht gestellt und zu diesem Zeitpunkt solle auch der Haushalt 2011 eingebracht werden. Die Aussage von Herrn Santillán, die Verwaltung hätte mit der Überprüfung schon längst beginnen müssen, sei nicht richtig, denn der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sei abgelehnt worden. In den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und dem der SPD-Fraktion fehle jeglicher Blick in die Zukunft, denn es werde nicht dargestellt, welche Bäder bei einer Umsetzung der Anträge geschlossen werden müssten. Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) betrieben puren Populismus und er appelliere an diese, gemeinsam mit der CDU-Fraktion an Hand der Fakten, die mit dem Sportstättenentwicklungsplan bestünden, Entscheidungen zu treffen.

Aus Sicht von Herrn Lang machen nahezu alle Redebeiträge deutlich, dass letztendlich nichts anderes übrig bleibe, als auf die Bäderfonds zurückzugreifen. Es bestehe die einmalige Chance, einen einstimmigen Haushaltsbeschluss zu fassen, wenn die Entscheidung heute vertagt und ein gemeinsamer Nenner gesucht werde.

Für Herr Dr. Baeumle-Courth kommt es nicht nur darauf an, die richtigen Dinge zu tun, sondern diese auch zur richtigen Zeit zu tun. Es dürften keine übereilten Entscheidungen getroffen werden, nur weil im ersten Moment panisch eine sich auftuende große Finanzierungslücke gesehen werde.

Herr Dr. Baeumle-Courth benennt Beispiele für derartige unüberlegte Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Der Rat solle auch die Wirtschaft über die verschiedenen Formen des Sponsorings in die Schulsanierungen einbinden, da die Stadt diese aus eigener Kraft nicht stemmen könne. Selbst wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen würden, könne die Stadt die verbleibenden pflichtigen Aufgaben nicht ohne Finanzierungsdefizite bewältigen. Es handele sich damit um ein strukturelles Problem und es sei sachlich notwendig, auch über Einnahmeerhöhungen, z.B. in den Bereichen Parkraumbewirtschaftung, Gewerbe- und Grundsteuer nachzudenken, was zumindest ein kleiner Beitrag zur Verringerung des Defizits wäre. Auch an anderen Stellen solle über neue Modelle nachgedacht werden.

Herr Zalfen erläutert, die Sanierung der Schulen habe für die SPD-Fraktion absolute Priorität. Dafür habe sich auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in ihrem Wahlkampf ausgesprochen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf und es falle auch der SPD-Fraktion nicht leicht, die Inanspruchnahme der Bäderfonds zu fordern; dazu bestehe jedoch keine Alternative.

Herr Urbach entgegnet, es bestünden noch zu viele offene Fragen. Die Überprüfung des Vorschlags der SPD-Fraktion werde Monate in Anspruch nehmen. Die SPD-Fraktion solle ihren Vorschlag daher nicht mit dem Haushalt 2010 verknüpfen und auch die Frage beantworten, welches Bad geschlossen werden solle, wenn der Bäderbetrieb aus den Bäderfonds nicht mehr finanziert werden könne.

Herr Kleine erläutert, der Rat der Stadt Köln habe sich am Dienstag entschieden, im Herbst einen Doppelhaushalt zu beschließen. Die SPD-Fraktion beantrage lediglich eine Vertagung der Haushaltsverabschiedung in die nächste Sitzung des Rates. Auch die SPD-Fraktion sehe noch Prüfungs- und Beratungsbedarf und werde dem Haushalt zustimmen, wenn dieser gemeinsam mit dem Vorschlag beschlossen würde. Wenn kurzfristig Sanierungen aus den Mitteln der Bäderfonds vorgenommen würden, so entlaste dies die Finanzhaushalte der kommenden Jahre.

Herr Galley bekräftigt diese Aussage. Der Vorwurf, der Vorschlag der SPD-Fraktion müsse eingehend geprüft werden, laufe ins Leere, da die SPD-Fraktion genau dies bis zur nächsten Ratssitzung fordere. Bisher sei nicht thematisiert worden, dass der Landrat den Haushalt 2010 der Stadt Bergisch Gladbach wohl nicht akzeptieren werde und es sei zu erwarten, dass dieser irgendwann mehr einfordern werde. Dann müssten wohl auch die Bäderfonds aufgelöst werden; allerdings werde der Druck dann erheblich höher sein. Aus eigener Kraft werde die Stadt Bergisch Gladbach das strukturelle Finanzierungsdefizit wohl nicht bewältigen können und bessere Zeiten würden nicht eintreffen. Der Rat solle die Mittel, über die er heute noch relativ frei verfügen könne, jetzt für ein sinnvolles Ziel nutzen.

Herr Dr. Miede erläutert, dass Otto-Hahn-Gymnasium habe einen Sanierungsbedarf in Höhe von ca. 14,8 Mio. EUR, das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium in Höhe von ca. 12 Mio. EUR und die Wilhelm-Wagener-Schule in Höhe von ca. 5 Mio. EUR. Dies sei ein Bedarf in Höhe von insgesamt ca. 32 Mio. EUR, und im Investitionsprogramm für die Stadt Bergisch Gladbach seien für die Jahre 2010 bis 2013 insgesamt 6 Mio. EUR vorgesehen, von denen fast 3 Mio. EUR auf das Jahr 2013 entfallen würden, womit eine Realisierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen auf Grund der sich permanent verschlechternden Einnahmesituation wohl nicht möglich sei.

Für Frau Beisenherz-Galas ist die Situation in Bergisch Gladbach zu dramatisch, als dass man den Vorschlag der SPD-Fraktion einfach vom Tisch wischen könne. Dieser müsse ernsthaft geprüft werden, da die Bäderfonds sonst andere Begehrlichkeiten wecken würden, was zu verhindern sei.

Herr Urbach antwortet, in dieser Frage bestehe aus seiner Sicht kein Dissens, wohl aber in der Frage, ob der Haushalt in der heutigen Sitzung verabschiedet werden könne oder nicht.

Herr Dr. Fischer erläutert, die Gemeindehaushaltsverordnung stehe einer Schuldenaufnahme der Stadt Bergisch Gladbach für die Schulsanierungen in der aktuellen Situation entgegen. Er habe beim Innenministerium nach der Möglichkeit gefragt, ob in der Gemeindehaushaltsverordnung Sonderregelungen für den Sonderfall Schulsanierungen geschaffen werden könnten. Auch die Stadt Bergisch Gladbach solle sich diesbezüglich, ggf. gemeinsam mit anderen Kommunen, an den Minister wenden.

Herr Dr. Metten verweist auf die grundsätzliche Position der CDU-Fraktion, die Bäderfonds zunächst nicht anzutasten. Es müssten Antworten auf die zentralen Fragen gegeben werden, welches Schwimmbad geschlossen werden solle, wenn es aus den Bäderfonds nicht mehr finanziert werden könne und ob der Landrat nicht einen Einsatz der Mittel zur Schuldentilgung fordern werde, sobald die Fonds aufgelöst würden.

Herr Schütz entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Komenda, die Fraktion KIDitiative habe sich in der Vergangenheit keinesfalls in den meisten Abstimmungen der Stimme enthalten. Herr Komenda solle seine Behauptung mit Zahlen belegen. Die Fraktion KIDitiative habe vorgeschlagen, der Bäder GmbH zusätzliche Einnahmen dadurch zu verschaffen, dass die seit Jahren subventionierten Badbenutzer in Schwimmvereinen an den Kosten stärker beteiligt werden müssten. Dies sei im Vergleich mit möglichen Schwimmbadschließungen die bessere Alternative. Die SPD-Fraktion wolle die Mittel der Bäderfonds zweimal verwenden, nämlich um weiter den Bäderbetrieb zu finanzieren und um gleichzeitig die Schulen zu sanieren, was jedoch nicht möglich sei. Wenn das Geld für Schulsanierungen verwendet werden solle, so müssten vor dem Hintergrund kürzerer Abschreibungszeiträume von der Stadt kostendeckende Mieten erhoben werden und zusätzlich ein ausreichender Gewinn auf die Mieten aufgeschlagen werden, um den Bäderbetrieb weiter finanzieren zu können, was jedoch ohne die Schaffung höherer Einnahmen nicht darstellbar sei. Die Antworten auf diese Fragen bleibe die SPD-Fraktion bis heute schuldig.

Herr Mömkes beantragt den Schluss der Aussprache.

Herr Urbach erläutert, vor der Abstimmung über einen Antrag zur Geschäftsordnung müssten alle Fraktionen die Gelegenheit gehabt haben, zur Sache zu sprechen. Es hätten alle Fraktionen zur Sache gesprochen, bis auf die Fraktion Freie Wähler.

Herr Waldschmidt spricht sich gegen den Antrag von Herrn Mömkes aus. Die Debatte solle nicht beendet werden, da die den Vorschlag der SPD-Fraktion ablehnenden Fraktionen bisher keine Erklärung abgegeben hätten, wie sie mit den Schulen verfahren wollen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Mömkes auf den Schluss der Aussprache abstimmen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler mehrheitlich angenommen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion („Die Stadt, d.h. die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Immobilienbetrieb, veräußert die Schulgrundstücke nebst aufstehenden Gebäuden Otto-Hahn-Schulen, Nicolaus-Cusanus-Gymnasium und städtische Wilhelm-Wagener-Schule zum Buchwert an die Bädergesellschaft Bergisch Gladbach GmbH. Zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Bäder GmbH wird vereinbart, 1. dass die Bäder GmbH unverzüglich mit der Generalsanierung der Schulgebäude einschließlich Abriss und Neubau des Schulschwimmbades Mohnweg beginnt, 2. dass die Sanierung der Gebäude möglichst in jeweils drei aufeinander folgenden Bauabschnitten bis zum Jahre 2013 erfolgt und 3. die Bäder GmbH die Schulgebäude an die

Stadt vermietet.“), ergänzt um den Antrag, die Haushaltsverabschiedung in die nächste Sitzung des Rates zu vertagen, namentlich abstimmen.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe. Wer dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen wolle, der stimme mit „Ja“, wer diesen ablehnen wolle, der stimme mit „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle, der stimme mit „Enthaltung“. Sodann verliest Herr Urbach die Namen der Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge und die Ratsmitglieder geben wie folgt ihre Stimmen ab:

Dr. Baeumle-Courth, Peter	Nein
Beisenherz-Galas, Renate	Ja
Dr. Bernhauser, Johannes	Nein
Bischoff, Birgit	Nein
Buchen, Christian	Nein
Dietsch, Dorothea	Nein
Ditzler, Manfred	Nein
Dr. Fischer, Reimer	Nein
Galley, Thomas	Ja
Gerhards, Markus	Nein
Graner, Angelika	Nein
Haasbach, Hans Josef	Nein
Hammelrath, Helene	keine Stimmabgabe (nicht anwesend)
Henkel, Harald	Nein
Höring, Lennart	Nein
Hoffstadt, Peter	Ja
Holtzmann, Petra	Nein
Jentsch, Boris	Nein
Kamp, Wilfried	keine Stimmabgabe (nicht anwesend)
Kleine, Nikolaus	Ja
Komenda, Mirko	Ja
Koshofer, Ingrid	Nein
Kraus, Robert Martin	Nein
Kreft, Annegret	Ja
Kreutz, Marcel	Ja
Kühl, Manfred	Nein
Lang, Heinrich	Ja
Lehnert, Elke	Nein
Maas, Karl-Adolf	Nein
Dr. Metten, Michael	Nein
Dr. Mieke, Wolfgang	Ja
Mömkes, Peter	Nein
Mörs, Bernhard	Nein
Münzer, Mechtild	Nein
Nagelschmidt, Felix	Nein
Neu, Gerhard	Ja
Orth, Klaus	Ja
Pick, Rudolf	Nein
Reudenbach, Elvira	Nein
Santillán, Tomás M.	Ja
Schacht, Rolf-Dieter	Nein
Schallehn, Robert	Nein
Scheerer, Anna Maria	Nein
Schlaghecken, Friedhelm	Nein
Schmidt-Bolzmann, Renate	Nein

Schneider, Waltraud	Ja
Schöttler-Fuchs, Brigitte	Ja
Schütz, Fabian Theodor	Nein
Schundau, Edeltraud	Nein
Sirmasac, Ersin	Ja
Sprenger, Markus	Nein
Dr. Steffen, Ulrich	Nein
Steinbüchel, Dirk	Nein
Urbach, Lutz	Nein
Voßler, Alexander	Nein
Wagner, Hermann-Josef	Nein
Waldschmidt, Klaus W.	Ja
Wilhelm, Frank	Nein
Willnecker, Josef	Nein
Winkels, Berit	Ja
Dr. Winzen, Peter	Ja
Zalfen, Michael	Ja
Ziffus, Günter	Nein

Mit „Ja“ stimmen 19 Ratsmitglieder, 41 Ratsmitglieder sowie der Bürgermeister stimmen mit „Nein“.

Der ergänzte Antrag der SPD-Fraktion wird damit mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Freie Wähler und des Bürgermeisters gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

13. Einwohnerfragestunde *0139/2010*

Herr Urbach erläutert, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Herr Hoffmann frage, ob die neue Form des Schuldenmanagements der Stadt Quickborn, die über eine Bank von ihren Einwohnern Geld leihe, auch für die Stadt Bergisch Gladbach interessant sei. Zudem frage Herr Hoffmann, ob Rat und Verwaltung mit der Haushaltsführung überfordert seien.

Herr Urbach antwortet, grundsätzlich sei jede Form des Schuldenmanagements für die Stadt Bergisch Gladbach interessant. Je nach Zinsentwicklung könnte auch das angesprochene Modell der Stadt Quickborn von Interesse sein, die zwei Anleihen über eine Bank aufgelegt habe, nämlich eine zweijährige über einen Betrag von 1 Mio. EUR zu einem Zins von 1,5% und eine fünfjährige über einen Betrag von 1 Mio. EUR zu einem Zins von 2,6%. Die zweijährige Anleihe lasse sich aus heutiger Sicht eventuell realisieren, die fünfjährige Anleihe werde voraussichtlich nicht zu Stande kommen. Die Entwicklung bei der Stadt Quickborn werde kritisch beobachtet. In Bezug auf die zweite Frage von Herrn Hoffmann bleibe zumindest in Bezug auf die Verwaltung festzustellen, dass sie gefordert, aber nicht überfordert sei, was auch für den Rat zutreffen dürfte.

Herr Urbach erläutert, es liege eine weitere Einwohnerfrage der Elternvertretung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasium vor. Die Elternvertretung frage, ob Bürgermeister und Ratsmitglieder, die sich vom schlechten baulichen Zustand des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums bei persönlichen Besuchen überzeugen konnten, trotzdem bei einer Planung der Sanierung der Schule im Jahr 2014 bleiben wollten. Durch Briefe an die Fraktionen sei vorab auf die schlimme Situation an der Schule hingewiesen worden.

Herr Urbach antwortet, die Schulsanierung sei der Schwerpunkt in den Investitionsplanungen der Verwaltung. Die Diskussion darüber, ob und wie eventuell weitere Mittel akquiriert werden können, werde der Rat im weiteren Verlauf der Sitzung noch führen. Der prüfungswerte Ansatz der SPD-Fraktion lasse heute jedoch noch zu viele Fragen offen. Herr Urbach verweist beispielhaft auf den Gesellschaftszweck der Bädergesellschaft, der die beantragten Aufgaben nicht umfasse, auf das Personal, das auf die Planung von Sanierungsmaßnahmen nicht vorbereitet sei, auf die durch die Übertragung der Immobilie ausgelöste Grunderwerbsteuer und auf die Frage der künftigen Finanzierung des Bäderbetriebes.

14. Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach
14.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“
0129/2010

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) bei drei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2008 in
Aktiva und Passiva mit **198.528.051,32 EUR**

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von **7.289.898,82 EUR**
fest.
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2008 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2008 wird
 - a) in Höhe von 2.135.567,82 EUR gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt
 - b) in Höhe von 5.154.331,- EUR an den städtischen Haushalt abgeführt.

14.2 Entlastung des Infrastrukturausschusses für den Jahresabschluss 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“
0157/2010

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Infrastrukturausschusses.

15. Jahresabschluss 2008 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
0151/2010

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

- 1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2008 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen; die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2008 einen Jahresverlust in Höhe von 169.918,64 EUR aus, der aus der Kapitalrücklage abzudecken ist und**
- 2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008
0141/2010

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

17. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009
0142/2010

Herr Mumdey erläutert, bei den Konten, die mit dem Buchstaben „O“ gekennzeichnet seien, handle es sich um Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II.

Herr Lang weist darauf hin, dass die Verwaltung außerplanmäßige Ausgaben vorgenommen habe, obwohl es vorher geheißen habe, dies sei nicht möglich.

Herr Urbach entgegnet, dies sei rechtlich möglich.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

18. Erhöhung der Eintrittsgelder Galeriekonzerte
0148/2010

Herr Santillán bedauert, dass die Vorlage in der Einladung zur Ratssitzung nicht enthalten gewesen sei. Er beantragt, die Erhöhung der Eintrittsgelder auf regulär 10,- EUR und ermäßigt 5,- EUR zu ändern in regulär 11,- EUR und ermäßigt 4,- EUR. Es solle gerade Rentnern, Arbeitslosen und anderen sozial schwachen Menschen möglich bleiben, die Galeriekonzerte zu besuchen.

Herr Urbach entgegnet, der Sachverhalt sei in der Vorlage dargestellt.

Herr Dr. Miede ergänzt, die Eintrittsgelder für die Galeriekonzerte seien seit zehn Jahren nicht erhöht worden und auch der Leiter der Musikschule habe sich vehement gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) ausgesprochen auf Grund der Befürchtung, dass dann keine Konzertbesucher mehr kommen würden, die Musikschule jedoch auf das Geld angewiesen sei.

Herr Urbach lässt daraufhin über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport abstimmen.

Der Rat daraufhin mehrheitlich gegen zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Die Erhöhung der Eintrittsgelder für die Städtischen Galeriekonzerte zum 01.09.2010 wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

19. Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft
0500/2009

Herr Urbach weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses modifiziert worden sei und der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport dieser modifizierten Beschlussempfehlung, über die heute der Rat entscheiden solle, gefolgt sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob es für die Auftaktveranstaltung im Frühjahr 2010 mittlerweile einen Termin gebe und in welcher Form diese stattfinden solle.

Herr Dr. Speer antwortet, er könne jetzt keinen konkreten Termin für die Auftaktveranstaltung benennen. Diese solle im Rahmen eines „World-Cafés“ in der Volkshochschule stattfinden.

Herr Urbach ergänzt, weitere Details würden noch mitgeteilt.

Herr Santillán äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), da die Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft nichts anderes als das Ziel verfolge, das marode Bildungssystem in NRW weiter zu erhalten, anstatt eine grundlegende Änderung, wie eine flächendeckende Schule für alle einzurichten.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **modifizierten Beschluss**:

- 1. Die Entwicklung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft soll mit einer breit angelegten Auftaktveranstaltung, welche sich mit den fünf in der Vorlage genannten Themenstellungen befasst, im Frühjahr 2010 gestartet werden.**
- 2. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Auftaktveranstaltung legt die Verwaltung den in der Vorlage genannten zuständigen Ausschüssen einen Vorschlag für eine Organisations-, Steuerungs- und Kommunikationsstruktur sowie einen Zeitplan vor.**
- 3. Die konkreten Arbeitsformen vor Ort sollen mit den Akteuren und Akteurinnen entwickelt werden.**

20. I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister
0009/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt den I. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in der Fassung der Vorlage.

21. Ergänzung der Regelungen über die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführungen der Stadtratsfraktionen

0131/2010

Herr Urbach erläutert, es liege ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vor, die Zuschüsse für die Geschäftsführung der Fraktionen um 10% zu kürzen. Die Kürzung solle linear für alle Einzelelemente der Zuschüsse erfolgen.

Herr Kleine begrüßt den Vorschlag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Der Rat könne nicht überall den Rotstift ansetzen und sich selbst davon verschonen. Gleichwohl bestehe bei der Verteilung der Fraktionsgelder Klärungsbedarf. Durch den Sockelbetrag seien die kleinen Fraktionen im Vorteil. Die SPD-Fraktion beschäftige beispielsweise eine Mitarbeiterin in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Die SPD-Fraktion wolle den Vorschlag in einer geänderten Fassung mittragen: Die Zuwendungen könnten um 10% gekürzt werden. Wenn jedoch eine Fraktion ihr Budget nicht ganz ausschöpfe, so könne dies für einen eventuellen Mehrbedarf anderer Fraktionen verwendet werden.

Herr Dr. Baeumle-Courth gibt zu Bedenken, dass auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine hauptamtliche Fraktionsgeschäftsführung beschäftige. Es dürfe nicht davon ausgegangen werden, dass die Geschäftsführungen aller Fraktionen von Rentnern oder anderen Freiwilligen wahrgenommen werden könnten. Auch Berufstätige müssten sich in die Fraktionen einbringen können, könnten jedoch nicht neben ihrem Beruf die Fraktionsgeschäftsführung wahrnehmen. Die Fraktionszuwendungen würden für gesetzlich übertragene Aufgaben verwendet. Da die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihre Fraktionszuwendungen in der Vergangenheit ausgeschöpft habe und ihre Mitglieder sich regelmäßig auch mit privaten Mitteln an der Fraktionsarbeit beteiligt hätten, werde die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ablehnen. Das Einsparpotential sei marginal und der Antrag insofern populistisch. Der größte von den Fraktionen verursachte Posten bestehe u.a. in den mehr oder weniger ausführlichen Abrechnungen des Lohnausfalls. Über diesen Posten könne trefflich diskutiert werden; insbesondere wenn die Sitzungen nach 17:00 Uhr und damit in Zeiträumen stattfinden würden, in denen die regulären Arbeitsverhältnisse in der Regel bereits in den Feierabend übergegangen seien.

Herr Lang spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus, dessen Folgen die großen Fraktionen relativ leicht verkraften könnten. Jedoch hätten alle Fraktionen in etwa denselben Arbeitsaufwand bei der Bearbeitung des Posteingangs und -ausgangs. Für ihr Personal erhielten die kleineren Fraktionen im Vergleich mit der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion jedoch wesentlich geringere Mittel. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sei auf die Zuwendungen dringend angewiesen. Wer 90.000,- EUR pro Jahr für einen nicht benötigten Fachbereichsleiter ausgeben wolle und gleichzeitig beantrage, die Personalkosten zu deckeln, der sei nicht sehr glaubwürdig. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) werde sich nicht mundtot machen lassen, auch nicht durch das völlig undemokratische Verständnis verschiedener Ratsmitglieder über die rechtlichen Möglichkeiten eines Bürgers oder einer Partei. Wenn das Grundgesetz eine Rechtswegsgarantie gewähre, so dürfe dies von keinem in Misskredit gebracht werden. Wenn die Kosten der Klagen dann durch die Stadt zu tragen seien, weil man glaube, dass die Fraktion dafür kämpfe, dass die Allgemeinheit besser bedient werde, so sei dies ebenfalls zu akzeptieren. Die Behauptung, die Fraktion habe sieben Prozesse geführt, sei unwahr; es seien drei Prozesse geführt worden. In allen Prozessen habe die Fraktion im Prinzip Recht bekommen und es sei immer um das Informationsrecht des Rates gegangen. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) solle nicht gezwungen werden, zusätzlich dagegen kämpfen zu müssen, dass sie ungerecht mit Zuschüssen bedacht werde.

Herr Waldschmidt erläutert, es sei in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung, zu der der Bürgermeister eingeladen habe, über dieses Thema gesprochen worden. Der Bürgermeister habe einen sinnvollen Vorschlag unterbreitet und alle Fraktionsvorsitzenden bzw. deren Vertreter hätten diesem Vorschlag zugestimmt. Es sei vereinbart worden, die Verwendungsnachweise auszuwerten und auf Grundlage dessen den Bedarf zu ermitteln. Es sei auch vereinbart worden, dass über eine Senkung der Grundbeträge diskutiert werden solle. Es sei ein entsetzlicher Stilbruch, dass diese Ver-

einbarungen nicht eingehalten würden. Er habe den Bürgermeister schriftlich gebeten, Kraft seiner Autorität dafür zu sorgen, dass diese Beschlüsse eingehalten würden. Herr Waldschmidt fragt, was dieser Stilbruch für den künftigen Umgang im Ältestenrat und in Fraktionsvorsitzendenbesprechungen bedeuten solle.

Herr Urbach antwortet, es entspreche seinem Selbstverständnis, in solchen Situationen zu moderieren, nicht aber Anträge von Fraktionen zu unterbinden. Es sei zutreffend, dass in der benannten Besprechung vereinbart worden sei, das Thema zurückzustellen.

Herr Mömkes erläutert, das Thema sei auch in der vergangenen Ratsperiode mehrfach im Ältestenrat diskutiert worden und es sei in diesem Zusammenhang auch eine Zusammenstellung über die Zuwendungen an die Fraktionen und die Rückzahlungen angefertigt worden. Er habe damals schon den Vorschlag unterbreitet, die Zuwendungen um 10% zu kürzen, was in den neuen Rat vertagt worden sei. Die FDP-Fraktion habe dies aufgegriffen und die CDU-Fraktion stehe zu ihrem Wort. Angesichts der Haushaltslage werde es höchste Zeit, dass der Rat das, was er dem Bürger abverlange, auch sich selbst auferlege, auch wenn es nur um relativ kleine Beträge gehe. Auch die CDU-Fraktion habe versicherungspflichtige Beschäftigte. Der Antrag sei im Übrigen von einer kleineren Fraktion initiiert worden und werde auch von anderen kleinen Fraktionen mitgetragen, die anscheinend mit ihren Mitteln besser umgehen könnten. Wenn die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) dies nicht könne, so rate er dieser, auf ihre teuren großformatigen Anzeigen zu verzichten.

Frau Schmidt-Bolzmann ergänzt, die BfBB habe vor der Kommunalwahl mehrmals Anzeigen mit einem einzelne Personen diffamierenden Inhalt inseriert. Dies sei kürzlich wieder geschehen und habe mit dem Informationsrecht des Rates nichts zu tun.

Herr Ziffus gibt zu Bedenken, dass Änderungen in den Zuwendungen nur nach sachlicher Prüfung erfolgen dürfen. Er könne nicht erkennen, dass einer pauschalen zehnpromzentigen Kürzung eine sachliche Prüfung zu Grunde liege. Diese sachliche Prüfung müsse vorgelegt werden, was die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegebenenfalls auf juristischem Wege einfordern werde.

Herr Schütz entgegnet, es könne für die Fraktionen nicht sehr schwierig sein, einen angeblich „marginalen“ Betrag einzusparen. Herr Schütz fragt Herrn Lang, wofür die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) die Fraktionszuwendungen ausgabe, denn die annähernd gleich große Fraktion KIDinitiative habe in den vergangenen Jahren immer Zuwendungen zurückerstatten können. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe natürlich durch die zahlreichen Prozesse gegen den Bürgermeister mehr Arbeit und finanziere aus ihren Zuwendungen Zeitungsanzeigen. Die Prozesskosten würden aber selbst bei nicht erfolgreichem Ausgang erstattet.

Herr Galley erläutert, es gebe Untersuchungen zur Verwendung der Fraktionszuwendungen auf kommunaler Ebene. Dabei habe sich gezeigt, dass Fraktionen mit hauptamtlichen Mitarbeitern deutliche Informationsvorsprünge hätten. Es werde den Bürgern kein Gefallen getan, wenn die Fraktionen ihrer Arbeit nicht vernünftig nachgehen können.

Herr Santillán erläutert, es müsse zwischen Parteien und Fraktionen unterschieden werden, was offensichtlich einigen Ratsmitgliedern schwer falle. Die Fraktionen dürften ihre Zuwendungen nur im Interesse ihrer Ratsarbeit verwenden. Die Zeitungsanzeigen würden von der Partei DIE LINKE. finanziert, und nicht von der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Dies sei aus den Anzeigen auch ersichtlich. Die Fraktion KIDinitiative habe Bewerbern noch nicht einmal ihre Bewerbungsaufwendungen erstattet und erst kürzlich ein arbeitsgerichtliches Verfahren verloren; die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) jedoch versuche, ihren Mitarbeitern einen ordentlichen Lohn zu zahlen. Vernünftige politische Arbeit koste Geld.

Herr Lang ergänzt, Herr Schütz zahle nach eigener Auskunft an die Mitarbeiter der Fraktion KIDitiative fünf, sechs oder sieben Euro. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) bezahle jedenfalls anständige Löhne, die dem Tariflohn des Öffentlichen Dienstes gleichkämen und habe auch nicht zwanzig sachkundige Bürger, die für ihre Teilnahme an Sitzungen möglicherweise ein Entgelt erhielten.

Herr Schütz entgegnet, er habe mit Herrn Lang niemals über die Mitarbeiterentgelte der Fraktion KIDitiative gesprochen. Die Partei DIE LINKE. bediene sich „Stasi-Methoden“, indem ihre Mitglieder sich bei der Fraktion KIDitiative beworben hätten, ohne auf ihre Parteimitgliedschaft hinzuweisen. Die Mitarbeiter der Fraktion KIDitiative würden vernünftig bezahlt und erhielten sicherlich höhere Entgelte als bei vergleichbaren Stellen.

Herr Dr. Miede bittet die Ratsmitglieder, zu einem einigermaßen sinnvollen Niveau zurückzukehren und die persönlichen Kränkungen, die der Würde des Rates nicht angemessen seien, zu unterlassen.

Herr Dr. Baumle-Courth erläutert, es werde in größeren Städten ernsthaft diskutiert, zumindest einen Teil der Ratsmitglieder hauptamtlich tätig werden zu lassen. Dies würde einen ganz anderen Kostenrahmen auslösen. Alle Ratsmitglieder würden viel Zeit und Engagement in die Ratsarbeit investieren und müssten dabei einen vernünftigen Arbeitsrahmen vorfinden, der auch eine vernünftige Fraktionsgeschäftsführung gewährleiste. Die Fraktionen sollten mit ihrem Geld verantwortlich umgehen; wenn die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ihre Zuwendungen nicht komplett benötigen, werde sie diese selbstverständlich zurückerstatten.

Herr Waldschmidt fragt, ob es zutrefte, dass vor Beschlüssen über Zuwendungen genaueste Bedarfsermittlungen vorliegen müssen. Eine pauschale Zuwendungskürzung sei in den vergangenen Jahren immer für nicht zulässig erklärt worden.

Herr Dr. Metten entgegnet, die Kommunalpolitik sei ein Ehrenamt mit hohem Zeitaufwand. Die Fraktionen müssten aber auch sich selbst zumuten, was sie anderen abverlangen.

Herr Kraus schließt sich der Frage von Herrn Waldschmidt an.

Herr Kleine fragt, ob Erkenntnisse vorlägen, wie das Thema Fraktionszuwendungen in vergleichbaren Kommunen gehandhabt wird. Die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion befänden sich auf Grund ihrer Fraktionsstärke bzw. der Möglichkeit von Herrn Dr. Fischer, seine ganze Arbeitskraft der Ratsarbeit zu widmen, in einer privilegierten Situation. Er beantragt, die Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Rates zu vertagen.

Herr Ziffus erläutert, die FDP-Fraktion habe in der Vergangenheit höhere Gesamtkosten pro Sitzung pro Ratsmitglied verursacht, als die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Dies könne er an Hand von Zahlen aus dem Jahr 2003 aufzeigen. Ausgerechnet die, die heute Sparmaßnahmen fordern, hätten über die berufsbedingten Nebenkostenabrechnungen pro Sitzung mehr eingenommen. Er schlägt den Ratsmitgliedern vor, auf freiwilliger Basis auf Fahrtkostenabrechnungen zu verzichten, anstatt die Fraktionszuwendungen pauschal zu kürzen.

Für Herrn Komenda hatte die CDU-Fraktion in der Vergangenheit allen Grund, sich mit der Verwendung von Fraktionsgeldern zu beschäftigen und sei dabei anscheinend zu irrigen Schlüssen gekommen.

Herr Dr. Fischer beantragt den Schluss der Rednerliste.

Dieser Antrag wird gegen vier Stimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Herr Mömkes bittet Herrn Komenda, sich an den Rat von Herrn Dr. Miede zu halten. Die CDU-Fraktion habe das, was in der Vergangenheit nicht richtig gelaufen sei, selbst aufgedeckt. Eine Bedarfsuntersuchung sei in der vergangenen Ratsperiode durchgeführt worden. Die Zahlen lägen allen Fraktionen vor; der Rat könne daher heute über den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion entscheiden.

Herr Urbach erläutert, die Verwaltung halte eine Entscheidung für rechtlich zulässig, da die Grundlagen dafür vorhanden seien. Dies werde nach einer Beschlussfassung noch einmal überprüft, um den Beschluss ggf. – sofern sich rechtliche Bedenken ergeben sollten – beanstanden zu können.

Herr Urbach lässt daraufhin über den von der SPD-Fraktion formulierten Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung mit der gleichzeitigen Bitte um Einholung von Informationen über die Situation in vergleichbaren Kommunen abstimmen.

Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und sieben Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion Kl-Initiative wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach lässt daraufhin zunächst über Ziffer 1. des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Rat fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Der Rat beschließt in Ergänzung der zurzeit durch die Ratsbeschlüsse vom 14.12.2000 und 10.04.2003 getroffenen Festlegungen über die Gewährung von Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführungen der Fraktionen die als Anlage zur Vorlage beigefügten allgemeinen Regelungen für die Durchführung von auswärtigen Klausurtagungen der Fraktionen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sowie sechs Stimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Die zur Deckung der sächlichen und personellen Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen zurzeit auf der Grundlage der Ratsbeschlüsse vom 14.12.2000, 10.04.2003 und 25.03.2010 geltenden Zuwendungsbeträge werden mit Wirkung vom 01.06.2010 bei allen Zuwendungspositionen (Sockelbetrag, Zuwendung je Fraktionsmitglied, Personalkostenzuschuss unter Berücksichtigung der tariflichen Anpassung zum 01.01.2010) um 10% gekürzt.

Im Übrigen verbleibt es bei der Regelung, dass für den Personalkostenzuschuss für jede Fraktion 6 Wochenbasisstunden und 1 Wochenarbeitsstunde je Fraktionsmitglied sowie 52 Jah-

reswochen zugrunde zu legen sind und der Personalkostenzuschuss auch zukünftig automatisch jeweils entsprechend den tariflichen Entwicklungen für die Entgeltgruppe 6 nach dem TVöD (früher Vergütungsgruppe VI b BAT) angeglichen wird.

Die gewährten Geldleistungen sind weiterhin im Rahmen der jeweiligen Fraktionsbudgets gegenseitig deckungsfähig.

Den Fraktionen werden auch weiterhin als Sachleistung die Geschäftsräume und Fraktionszimmer einschließlich deren Bewirtschaftung und Unterhaltung sowie im Rahmen der jeweiligen Veranschlagungen in den Haushaltsplänen Einrichtungsgegenstände sowie technische Ausstattungen einschließlich deren Wartung zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für einen geringen Bürobedarf.

Herr Urbach weist darauf hin, dass die sonstigen Punkte unverändert bleiben.

22. Offenhaltung von Verkaufsstellen *0133/2010*

Herr Urbach erläutert, die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in Aussicht gestellte Überprüfung durch die Verwaltung habe ergeben, dass ein falsches Datum für den verkaufsoffenen Sonntag im November 2010 in Moitzfeld in den Beschlussvorschlag aufgenommen worden sei. Das Datum 21.11.2010 müsse durch das Datum 28.11.2010 ersetzt werden, da es sich bei dem Datum 21.11.2010 um den Totensonntag handele, an dem ein Offenhalten von Verkaufsstellen nicht zulässig sei.

Herr Schütz kritisiert den aus seiner Sicht zu weit gehenden Beschlussvorschlag. Die CDU-Fraktion sollte der Fraktion KIDinitiative folgen und den Beschlussvorschlag, der an nahezu jedem zweiten Sonntag ein Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet ermögliche, ablehnen. Auch der Weihbischof habe auf dem Neujahrsempfang der CDU in seiner Ansprache vehement darauf hingewiesen, die Politik möge sich auch für den Schutz der Sonntagsruhe einsetzen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDinitiative bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **modifizierten Beschluss**:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage mit der Änderung beschlossen, dass das Datum unter Ziffer 6.2 durch das Datum 28.11.2010 ersetzt wird.

23. Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach - Teile II-IV *0023/2010*

Herr Sirmasac erläutert, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) halte das Integrationskonzept für sehr pauschal und abstrakt. Das Ziel der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sollte konkreter und zeitlich festgelegter definiert werden. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) halte das Integrationskonzept daher nicht für ein Konzept.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

- 1. Der Rat beschließt die Teile II–IV des Integrationskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach - Zugewanderte -.**

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Aktionsplan umzusetzen. Vorrangig sollen zunächst die Analysen des Bestandes und der Aufbau des Steuerungssystems für die Handlungsfelder A und B vorangetrieben werden.
3. Mit dem Integrationsrat und dem ASSG sind die Umsetzung der weiteren Maßnahmen und die Verwendung der Haushaltsmittel abzustimmen.

24. **Bebauungsplan Nr. 1431 - Kempener Straße Paffrath**
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0034/2010

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 1431 – Kempener Straße Paffrath – gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingereichten Anregungen von**
- T1 PLEdoc GmbH wird entsprochen,**
 - T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird entsprochen.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW den Bebauungsplan Nr. 1431 – Kempener Straße Paffrath – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.**

25. **Bebauungsplan Nr. 52a und 52b - Schloßstraße**
- Aufhebungsbeschluss als Satzung
0037/2010

Herr Nagelschmidt begibt sich auf Grund von Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Ziffus erläutert, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordere einen Gesamtbebauungsplan Innenstadt Bensberg und werde daher gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB und den §§ 7 und 41 GO NRW die Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 52a und 52b – Schloßstraße – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.**

Herr Nagelschmidt kehrt an seinen Platz zurück.

26. **Nachfolgebesetzung im Regionalbeirat Bergisch Gladbach, Overath, Kürten, Rösrath der Kreissparkasse Köln**
0152/2010

Herr Mömkes schlägt für die CDU-Fraktion Herrn Rolf-Dieter Schacht für die Entsendung als Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in den Regionalbeirat vor.

Herr Santillán erläutert, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe den Beschluss des Rates zur Entsendung von Vertretern der Stadt Bergisch Gladbach in den Regionalbeirat „beanstandet“ und darauf hingewiesen, dass in der Sitzung des Rates im November 2009 gar keine Vertreter in den Regionalbeirat entsandt worden seien. Der Bürgermeister habe ihm geantwortet, dass dies tatsächlich nicht geschehen sei. Daher müsste der Rat heute eigentlich über die Entsendung aller fünf Vertreter in den Regionalbeirat entscheiden.

Der Bürgermeister entgegnet, die Entscheidung über die Entsendung der Vertreter sei rechtmäßig getroffen worden.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsendet in Nachfolge für Herrn Dr. Michael Metten Herrn Rolf-Dieter Schacht als Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in den Regionalbeirat Bergisch Gladbach, Overath, Kürten, Rösrath der Kreissparkasse Köln.

27. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

27.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.02.2010 zur Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
0145/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 23.02.2010 zur Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW wird angenommen.

28. Anträge der Fraktionen

28.1 Bestellung weiterer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport;
Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 27.11.2009 und 30.11.2009 (0555/2009)
0024/2010

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

Die Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) werden abgelehnt.

28.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 19.02.2010 zum Neubau des Schwimmbades Mohnweg
0153/2010

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport überwiesen.

28.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 23.02.2010, den Bürgermeister mit der Prüfung zu beauftragen, ob und inwieweit die finanziellen Auswirkungen der Aufgabenzuweisung des Landes Nordrhein-Westfalen an die Kommunen den Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung verletzen

0144/2010

Herr Santillán spricht sich gegen eine Vertagung des Antrages aus. Der Rat sei durchaus in der Lage, den beantragten Prüfauftrag zu beraten und zu entscheiden.

Herr Urbach entgegnet, es handele sich nicht um eine Vertagung, sondern um eine Überweisung an den zuständigen Fachausschuss.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen sieben Stimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion und eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird ohne Aussprache an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

28.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 01.03.2010 zur Prüfung der Umsetzbarkeit eines soziodemografischen Vielfältigkeitsmanagements auf allen Ebenen der Verwaltung

0155/2010

Herr Santillán spricht sich für eine Überweisung des Antrages an die zuständigen Fachausschüsse aus, da es sich um eine sehr komplexe Thematik handele.

Für die Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann sowie an den Haupt- und Finanzausschuss stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), die Fraktion Freie Wähler, die Fraktion KIDinitiative und sieben Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (insgesamt 28 Ratsmitglieder). Mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion (insgesamt 31 Ratsmitglieder) wird dies bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Nagelschmidt erläutert, er habe selten derartigen Unsinn gelesen, weshalb er die sofortige Abstimmung ohne Aussprache beantrage. Herr Mömkes schließt sich diesem Antrag an.

Herr Urbach unterbricht die Sitzung um 20:38 Uhr. Die Sitzung wird um 20:43 Uhr wieder aufgenommen.

Herr Urbach erläutert, wenn der Rat eine Überweisung des Antrages ablehne und damit die Beratung und Entscheidung an sich ziehe, so werde der Antrag in der heutigen Sitzung beraten und entschieden.

Herr Santillán erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Er weist darauf hin, dass das „Diversity-Management“ auf eine Professorin an der Fachhochschule Bielefeld zurückgehe, die auch bereit wäre, dem Ausschuss die Thematik darzulegen und darüber zu diskutieren. So sei beispielsweise festgestellt worden, dass Lehrer mit Migrationshintergrund deutlich besser an Kinder mit Migrationshintergrund herankämen. Dieses Modell könne auch auf die Verwaltung übertragen werden und werde bereits von einigen großen Unternehmen angewandt. Herr Santillán beantragt die Überweisung des Antrages an den zuständigen Fachausschuss.

Herr Urbach entgegnet, dies sei soeben abgelehnt worden.

Herr Mömkes weist darauf hin, er habe einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt und es solle das dabei übliche Verfahren eingehalten werden.

Herr Urbach antwortet, es müsse zunächst jede Fraktion die Gelegenheit gehabt haben, zur Sache zu sprechen.

Herr Waldschmidt kritisiert das von der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion praktizierte Verfahren. Es sei üblich, dass die Verwaltung zu einem Antrag auch inhaltlich Stellung nehme, bevor dieser im Fachausschuss beraten werde. Er fordert die Verwaltung auf, dies nun zu tun und weist die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) darauf hin, dass sie diesen Antrag noch einmal in die zuständigen Ausschüsse einbringen könne. Für so abwegig, wie die CDU-Fraktion es dargestellt habe, halte er die Thematik keinesfalls.

Auch Herr Dr. Baeumle-Courth fordert dazu auf, die Thematik ernst zu nehmen. Bevor eine Erhebung von Daten durchgeführt werde, müsse jedoch darüber diskutiert werden, welche Steuerungsmöglichkeiten überhaupt zur Verfügung stehen und welches inhaltliche Ziel verfolgt werden solle. Nach der Geschäftsordnung habe über die Überweisung gar nicht abgestimmt werden müssen, sondern dies wäre automatisch geschehen. Die Angelegenheit sei in den Fachausschüssen zu beraten und so solle der Rat auch verfahren.

Herr Urbach erläutert, die Verwaltung habe auch eine Überweisung an die zuständigen Fachausschüsse vorgeschlagen, die aber abgelehnt worden sei. Es sei richtig, dass der Antrag erneut an die Ausschüsse gestellt werden könne und dass die Verwaltung bisher keine inhaltliche Stellungnahme abgegeben habe, die Gegenstand der Beratungen in den Fachausschüssen hätte sein können. Es müsse aber in die Abwägung einbezogen werden, dass die beantragte Prüfung einen enormen Arbeitsaufwand darstelle.

Herr Schütz hält es für demokratischen Gebrauch, den Vorschriften der Geschäfts- und Zuständigkeitsordnung zu folgen und Anträge an die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen. Herr Schütz fragt, ob der Antrag mit dem Gleichheitssatz des Artikels 33 Grundgesetz vereinbar sei, was noch zu überprüfen sei.

Herr Dr. Fischer äußert die Ablehnung des Antrages durch die FDP-Fraktion, da die dringende Befürchtung bestehe, dass dieser Arbeit für die Verwaltung verursache, der kein Gewinn gegenüberstehe. Es sei Herrn Santillán natürlich freigestellt, der Verwaltung Unterlagen zu einer praktischen Umsetzung zukommen zu lassen, die die Verwaltung ohne großen Aufwand überprüfen könne.

Herr Urbach fragt, ob die Fraktion Freie Wähler die Gelegenheit wahrnehmen wolle, zu Sache zu sprechen, was von Herrn Mörs verneint wird, worauf Herr Urbach feststellt, dass nunmehr jede Fraktion Gelegenheit gehabt habe, zur Sache zu sprechen und daher über den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache abgestimmt werden könne.

Herr Santillán spricht sich formal gegen den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion aus.

Der Antrag auf den Schluss der Aussprache wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler mehrheitlich angenommen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) abstimmen.

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sowie einige Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters wird der Antrag bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Galley äußert in Form einer persönlichen Erklärung seine Verärgerung darüber, mit welchem Stil ein Antrag ohne inhaltliche Diskussion „abgebügelt“ werde.

28.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 09.03.2010 zum Erhalt der Kindertagesstätte „Lauter Pänz“
0156/2010

Herr Santillán begründet den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Bis heute würden den Ratsmitgliedern keine aktuellen Zahlen über die Entwicklung der Kindertagesstättenplätze vorliegen. Die bisherigen Beschlüsse seien auf Grundlage von Zahlen aus dem Jahr 2008 erfolgt. Es möge zwar sein, dass die Kinder mittlerweile in einer anderen Kindertagesstätte untergekommen seien; die Schließung der Kindertagesstätte „Lauter Pänz“ bedeute aber natürlich auch, dass die Plätze wegfallen würden. Außerdem würden die eingruppigen Kindertagesstätten einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Kindertagesstättenplätze zu schaffen. Es werde immer wieder betont, dass diese eine gute Arbeit leisten würden.

Herr Urbach erläutert, der unter Teil a) beantragte Beschluss wäre praktisch nicht mehr durchführbar. Der Jugendhilfeausschuss habe sich mehrfach mit dem Thema befasst und es bestehe eine eindeutige Beschlusslage, die bereits dem Land gemeldet worden sei. Zum Teil b) des Antrages schlage die Verwaltung vor, diesen ohne Aussprache an den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Herr Lang fragt, wo gesetzlich festgelegt sei, dass der Jugendhilfeausschuss Beschlüsse fassen könne, die der Rat nicht bestätigen müsse.

Herr Urbach antwortet, es handele sich um einen sondergesetzlichen Ausschuss. Herr Hastrich ergänzt, der Jugendhilfeausschuss sei nach sondergesetzlicher Regelung und nach der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach dafür zuständig, die Jugendhilfeplanung zu beschließen und umzusetzen. Dazu gehöre auch die Verwendung der im Haushalt bereitgestellten Mittel für die Kindertagesbetreuung. Deshalb habe der Jugendhilfeausschuss in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, in welchen Einrichtungen und Formen er Kindertagesstättenbetreuung im Kindergartenjahr 2010/2011 anbieten werde. Dieser Beschluss musste vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zum 15.03.2010 dem Land vorgelegt werden. Es sei Teil dieses Beschlusses, den Ratsbeschluss zur Integrierten Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung umzusetzen, nämlich die Einrichtung „Lauter Pänz“ aufzugeben und die dort vorhandenen Plätze in andere Einrichtungen zu verlagern. Der Eindruck, dass durch die Schließung der eingruppigen Einrichtungen Plätze verloren gingen, sei völlig falsch. Es gehe kein einziger dieser Plätze verloren.

Herr Urbach erläutert, es sei formal möglich, dass auch der Teil a) des Antrages an den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden könne.

Herr Urbach lässt daraufhin darüber abstimmen, den Teil a) des Antrages an den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Für die Verweisung des Teil a) des Antrages an den Jugendhilfeausschuss stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), die Fraktion KIDinitiative und der Bürgermeister. Mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion sowie drei Gegenstimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird dies mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach lässt daraufhin darüber abstimmen, den Punkt b) des Antrages in den Jugendhilfeausschuss zu überweisen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Teil b) des Antrages wird ohne Aussprache an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Herr Urbach lässt daraufhin über Teil a) des Antrages, die Kindertagesstätte „Lauter Pänz“ nicht zu schließen und die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Elternverein über den weiteren Betrieb der Kindertagesstätte mit einer Gruppe in den jetzigen städtischen Räumen zu verhandeln, um den Betrieb auch für die nächsten Jahre sicherzustellen, abstimmen.

Für den Teil a) des Antrages stimmen zwei Ratsmitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion und ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters wird Teil a) des Antrages bei drei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Santillán weist in Form einer persönlichen Erklärung drauf hin, dass die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) geschlossen für den Teil a) ihres eigenen Antrages habe stimmen wollen. Der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) sei bei der Abstimmung lediglich auf Grund von Missverständnissen wegen der schnellen Abstimmungsfolge ein Fehler unterlaufen.

29. Anfragen der Ratsmitglieder

29.1 Anfrage des Ratsmitgliedes Schallehn - Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - vom 07.03.2010 zu Kosten von gedruckten Vorlagen
0154/2010

Anfrage des Ratsmitgliedes Dr. Steffen - Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - vom 15.03.2010 zur Verfassungsbeschwerde der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB)
0162/2010

Herr Urbach fragt die Fragesteller und die übrigen Ratsmitglieder, ob diese damit einverstanden seien, wenn die Antworten des Bürgermeisters auf Grund des fortgeschrittenen Zeitverlaufs der Niederschrift als Anlage beigelegt würden und auf eine Verlesung verzichtet werde.

Mit diesem Vorschlag zeigen sich die Fragesteller und die übrigen Ratsmitglieder einverstanden.

29.2 Mündliche Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Waldschmidt: Anfrage zu der beschlossenen Kürzung der Fraktionszuwendungen

Herr Waldschmidt fragt, wann mit dem Ergebnis der Prüfung der Verwaltung zur Rechtmäßigkeit des Ratsbeschlusses über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zur Kürzung der Fraktionszuwendungen zu rechnen sei. Die SPD-Fraktion werde ebenfalls eine rechtliche Prüfung vornehmen und ggf. Klage erheben. Herr Ziffus habe angekündigt, sich dem ggf. anzuschließen.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde die Prüfung zügig vornehmen.

Herr Dr. Winzen: Anfrage zu einem Antrag der SPD-Fraktion zur Revision der Vergabeordnung

Herr Dr. Winzen fragt, wann der Antrag der SPD-Fraktion zum Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit von der Auftragsvergabe, den die SPD-Fraktion in die Ratssitzung am 19.01.2010 eingebracht habe, beschlussgemäß im Vergabeausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss behandelt werde; dies sei bisher nicht geschehen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Metten: Anfrage zu einer im Zuschauerbereich des Sitzungssaales ausgelegten Werbebroschüre

Herr Dr. Metten fragt, warum bei den Unterlagen, die die Verwaltung zur heutigen Sitzung im Zuschauerbereich des Sitzungssaales ausgelegt habe, auch die Werbebroschüre einer Bank ausgelegt worden sei.

Herr Urbach antwortet, dies sei ihm nicht bekannt. Es sollten selbstverständlich nur Unterlagen ausgelegt werden, von denen die Verwaltung Kenntnis habe.

30. Verwendung der noch verfügbaren Restmittel aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II
0163/2010

Herr Dr. Miede stellt für die SPD-Fraktion folgenden Antrag: „Der Rat vertagt die Entscheidung zum Standort der Bücherei Bensberg bis zur Sitzung des Rates am 20.05.2010. In der Zwischenzeit erstellt die Verwaltung eine Synopse der drei Standorte, im finanziellen, personellen und betriebsbedingten Vergleich.“ Die Erläuterung werde er in nicht öffentlicher Sitzung vortragen.

Herr Nagelschmidt äußert die Ablehnung der CDU-Fraktion zu diesem Antrag. Die Begründung erfolge ebenfalls in nicht öffentlicher Sitzung.

Herr Urbach schlägt vor, die öffentliche Sitzung an dieser Stelle zu unterbrechen, nicht öffentlich weiter zu verhandeln und den Tagesordnungspunkt „Sicherung des Büchereistandes Bensberg“ (Vorlage Nr. 0161/2010) in diesem Zusammenhang mit aufzurufen.

Herr Urbach unterbricht den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

[siehe Protokollierung unter TOP B 2.1]

Herr Urbach stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

Herr Dr. Fischer erläutert, dass das Stadthaus eingerüstet und damit offensichtlich das Projekt „Energetische Sanierung Stadthäuser“ schon begonnen worden sei. Herr Schmickler habe jedoch schon zu einem früheren Zeitpunkt und auch heute in der Diskussion um den Umbau an der Johannes-Gutenberg-Realschule darauf hingewiesen, dass eine Änderung der Verwendungszwecke der Mittel aus dem Konjunkturpaket II große Schwierigkeiten bereiten würde. Er fragt, wie dies zu verstehen sei und ob eine Veränderung der Mittelverwendung einen finanziellen Schaden verursachen würde.

Herr Schmickler antwortet, bei den für eine mögliche Verwendung als Standort der Bücherei Bensberg diskutierten Räumlichkeiten in der Johannes-Gutenberg-Realschule handele es sich nach seiner

Kenntnis um die Räume, für die derzeit Planungen für einen Ausbau als Mensa durchgeführt würden. Diese Frage habe keinen Bezug zum Konjunkturpaket II. Das Stadthaus sei auf Grund der wegen Schäden sanierungsbedürftigen Fassade eingerüstet worden. Wenn das Stadthaus insgesamt energetisch saniert worden wäre, hätten diese Schäden mit einem relativ geringen zusätzlichen Aufwand gleichzeitig beseitigt werden können. Dies werde abgewartet. Für die energetische Sanierung seien Planungen in Auftrag gegeben worden, die Kosten in Höhe von ca. 80.000,- EUR verursacht hätten. Wenn die energetische Sanierung nicht umgesetzt würde, wäre dies ein Schaden, den die Verwaltung jedoch im Rahmen der Diskussion um das Gebäude Krantz TKT in Kauf nehmen wolle. Generell könnten an der Liste der Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II Änderungen vorgenommen werden, solange die Projekte nicht begonnen worden seien.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Aus den der Stadt Bergisch Gladbach aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellten Mitteln wird folgende Verwendung beschlossen:

- 1. Das Projekt „Energetische Sanierung Stadthäuser“ (Ansatz 1.150.000,- EUR) wird gestrichen. Bereits erfolgte Mittelabrufe sind beim Fachbereich 8 intern zu verrechnen.**
- 2. Das Projekt „Heizungsanlage Stadion“ (Ansatz 100.000,- EUR) wird ersatzlos gestrichen.**
- 3. Für den Anbau eines Erweiterungsbaus für das Otto-Hahn-Schulzentrum werden 450.000,- EUR bereitgestellt.**
- 4. Für die Fassaden- und Toilettensanierung sowie nichtenergetische Maßnahmen an der Turnhalle der GGS Schildgen werden 349.000,- EUR bereitgestellt.**
- 5. Für die Fassadensanierung der GGS Schildgen werden 250.026,13 EUR bereitgestellt.**
- 6. Für die brandschutzbedingte Fenstererneuerung der KGS Sand werden 50.000,- EUR bereitgestellt.**
- 7. Für die Fenstersanierung an der GGS Moitzfeld werden 100.000,- EUR bereitgestellt.**
- 8. Für die brandschutzbedingte Fenstererneuerung der KGS Bensberg werden 100.000,- EUR bereitgestellt.**
- 9. Für die Toilettensanierung der KGS Steinbreche werden 100.000,- EUR bereitgestellt.**
- 10. Für den Neubau der Mensa am NCG wird der bestehende Ansatz von 300.000,- EUR um 100.000,- EUR aufgestockt.**
- 11. Für die hofseitige Fassadensanierung am AMG werden 100.000,- EUR bereitgestellt.**

Herr Dr. Fischer fragt, was mit den eingesparten Mitteln in Höhe von 200.000,- EUR geschehen solle, worauf Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde die Verwendungsmöglichkeiten prüfen.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.